

Politik zu bekräftigen und seiner grossen Besorgnis über deren gravierende Folgen Ausdruck zu geben.

Er ist der Auffassung, dass eine Aenderung der südafrikanischen Rassenpolitik nur aufgrund einer klaren und beharrlichen Haltung gegenüber Südafrika zu erreichen ist, die der südafrikanischen Regierung in folgender Weise zur Kenntnis gebracht wird: im direkten, mit der erforderlichen Ueberzeugungskraft geführten Gespräch (in diesem Sinn sind 1984 der damalige Ministerpräsident und der Aussenminister von Südafrika in Bern empfangen worden); durch diskrete, aber in der Aussage deutliche Interventionen auf diplomatischem Weg, die auf eine bessere Beachtung der Menschenrechte abzielen; durch öffentliche Erklärungen zu ausserordentlichen Ereignissen. Die Schweiz ist im übrigen nach wie vor bereit, wenn sie darum gebeten wird, im Rahmen ihrer Politik der Disponibilität einen Beitrag zur Lösung der Probleme im südlichen Afrika zu leisten. Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass die Europäische Gemeinschaft bereits im Sommer eine Erkundungsmission nach Südafrika entsandt hat und dass sich nächstens eine Delegation der Commonwealth-Länder dorthin begeben wird.

Verschiedene Staaten haben diesen Sommer ihre in Südafrika akkreditierten Missionschefs zu Konsultationen zurückberufen. Für die Schweiz hat sich die Frage nicht gestellt, da sich unser Botschafter aus Anlass der jährlichen Botschafterkonferenz und für seine Ferien in der Schweiz aufhielt, was uns Gelegenheit gab, mit ihm die Lage in Südafrika zu erörtern. In der Zwischenzeit ist der schweizerische Botschafter, wie übrigens auch die meisten seiner Kollegen aus anderen Ländern, nach Pretoria zurückgekehrt. Gerade in schwierigen Zeiten ist die Präsenz voll handlungsfähiger Aussenvertretungen besonders wichtig. Was die Sportkontakte anbetrifft, liegt der Entscheid über eine Teilnahme an sportlichen Veranstaltungen, die auch von Südafrikanern besucht oder in Südafrika ausgetragen werden, bei den Sportverbänden und dem einzelnen Sportler.

Zur Frage wirtschaftlicher Druckmittel hat der Bundesrat in den letzten Monaten ebenfalls bereits ausführlich Stellung genommen. Er verweist namentlich auf die Antwort zur Motion Leuenberger-Solothurn vom 21. Juni 1985 betreffend die Revision des Bankengesetzes, welche auch die wichtigsten, in der Interpellation gestellten Fragen beantwortet. Der Bundesrat erinnerte in dieser Antwort an die von ihm verfolgte, ständige Praxis, sich nicht an Sanktionen eines einzelnen Staates oder einer Staatengruppe zu beteiligen. Er äusserte zudem seine Zweifel daran, ob Sanktionen die geeignete Antwort sind, um eine gegebene Situation zu korrigieren. Die Erfahrung hat in der Tat gezeigt, dass sie meistens nicht die erhofften Auswirkungen haben. Man kann sich ausserdem fragen, ob sie nicht die sozial Schwächeren und, im Falle Südafrikas, die umliegenden Staaten besonders treffen würden. Diese Erwägungen gelten namentlich auch für den Verzicht auf Privatinvestitionen, das Importverbot von Krügerrand-Goldmünzen sowie die Einstellung des direkten Luftverkehrs zwischen Südafrika und der Schweiz sowie die Beschränkung des Tourismus. Die Gestaltung der gegenüber Südafrika verfolgten restriktiven Kapitalexportholitik hat der Bundesrat ebenfalls bereits in der Beantwortung der Motion Leuenberger erläutert.

Die bewilligungspflichtigen Kapitalexportholen nach Südafrika werden seit Jahren einer Limite von 300 Millionen Franken pro Jahr unterworfen, die dem Niveau des herkömmlichen Kapitalflusses entspricht. Der Bundesrat weist darauf hin, dass er in der Fragestunde vom 30. September im Detail dargelegt hat, welche Kapitalexportholen dabei angerechnet werden. Die erwähnte Limite wurde auch 1984 nicht überschritten.

Was die Schaffung eines Verhaltenskodex für schweizerische Unternehmen und Organisationen betrifft, so erinnert der Bundesrat daran, dass er die schweizerischen Unternehmen in Südafrika schon seit 1973 dazu auffordert, sich um die Beseitigung jeglicher Rassendiskriminierung in ihren Niederlassungen zu bemühen und ihrem Lokalpersonal die

bestmöglichen sozialen Bedingungen und Aufstiegschancen zu gewähren. In der Praxis hat die grosse Mehrheit der Firmen ihr Verhalten auf diese Empfehlungen ausgerichtet. Diese müssen für die Tätigkeit unserer Unternehmen in Südafrika weiterhin wegleitend sein. Der Information der Oeffentlichkeit über die von schweizerischen Unternehmen in Südafrika angewandten Unternehmungsgrundsätze kommt angesichts der gegenwärtigen Entwicklung allerdings erhöhte Bedeutung zu. Der Bundesrat geht aber grundsätzlich davon aus, dass es in erster Linie Sache der Wirtschaft ist, diese Oeffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Hinsichtlich der Exportrisikogarantie ruft der Bundesrat erneut in Erinnerung, dass die ERG-Kommission gestützt auf das entsprechende Gesetz gehalten ist, ihren Entscheidungen nicht politische, sondern vielmehr wirtschaftliche Gesichtspunkte zugrunde zu legen.

Die Ausfuhr von Nukleargütern und -technologie untersteht einer Bewilligung, die in der Verordnung über Begriffsbestimmungen und Bewilligungen auf dem Gebiet der Atomenergie geregelt ist. Bisher hat es keine derartigen Exporte nach Südafrika gegeben. Es sind auch keine Gesuche für Ausfuhr von bewilligungs- oder meldepflichtigen Nukleargütern nach Südafrika eingereicht worden. Diesen könnte im übrigen nur entsprochen werden, wenn Südafrika sämtliche im Nonproliferations-Vertrag vorgesehenen Ueberwachungs- und Inspektionsmechanismen akzeptieren würde. Da es diesen Vertrag nicht unterzeichnet hat, sind die Aussichten, dass sich der Bundesrat mit der Frage befassen müsste, als gering einzustufen.

Exporte von Computertechnologie schweizerischen Ursprungs nach Südafrika sind unbedeutend. Was die von ausländischen Staaten verfügten Exportrestriktionen anbetrifft, so beschränken sich diese in der Regel auf Lieferungen an die südafrikanischen Sicherheitskräfte und Regierungsstellen. Da ausländische Computer über die Schweiz in der Regel nur mit Zustimmung des Ursprungslandes nach Südafrika reexportiert werden können, sind auch solche Geschäfte nicht relevant.

Der Verzicht auf den Konsum südafrikanischer Güter schliesslich muss dem einzelnen Bürger anheim gestellt bleiben. Der Bundesrat erinnert daran, dass die Eingriffsmöglichkeiten der Regierung in die private Wirtschaft durch das in der Verfassung verankerte Prinzip der Handels- und Gewerbefreiheit eng begrenzt sind.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	56 Stimmen
Dagegen	53 Stimmen

85.975

### Interpellation Friedli Konferenz der frankophonen Länder Sommet francophone

#### Wortlaut der Interpellation vom 18. Dezember 1985

Die Schweiz ist eingeladen worden, zusammen mit allen andern ganz oder teilweise französischsprachigen Staaten am ersten Gipfeltreffen der französischsprachigen Länder in Paris teilzunehmen. Sie hat jedoch vor kurzem die Einladung abgelehnt und sich dabei auf verfassungsrechtliche Gründe berufen.

1. Welches sind die verfassungsrechtlichen Gründe, welche die Schweiz – mit Französisch als Amtssprache – daran hindern, zum französischsprachigen Kulturkreis auf institutioneller Ebene Beziehungen zu unterhalten?
2. Sind die Regierungen der französischsprachigen Kantone angehört worden?

3. Wird es dem Bund missfallen, wenn ein oder mehrere französischsprachige Kantone Beziehungen aufnehmen, die er selber nicht unterhalten will?

*Texte de l'interpellation du 18 décembre 1985*

Invitée à participer au premier sommet francophone à Paris, avec tous les Etats partiellement ou totalement de langue française, la Suisse a récemment répondu négativement en invoquant des «raisons constitutionnelles»

1. Quelles sont les raisons constitutionnelles qui empêchent la Confédération d'entretenir des relations institutionnelles avec le monde francophone, alors que le français est déclaré langue officielle dans la constitution? 2. Les gouvernements des Etats cantonaux romands ont-ils été consultés?

3. La Confédération est-elle disposée à ne pas prendre ombrage si un ou plusieurs Etats cantonaux romands établissent les relations qu'elle ne veut pas assumer en tant que telle?

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

La plupart des Etats totalement ou partiellement de langue française participeront au «sommet» francophone prévu au mois de février 1986. Le Canada majoritairement anglophone et la Belgique, plus flamande que française, y seront représentés par deux délégations. La Confédération suisse avec ses 1,2 millions de citoyens de langue française a décidé de renoncer à y participer pour des raisons difficilement compréhensibles.

Le Conseil fédéral est pourtant conscient de l'importance des contacts qu'il est possible de nouer avec les pays parlant une de nos langues nationales. C'est ainsi que ses ministres rencontrent régulièrement et tout naturellement leurs collègues d'Allemagne et d'Autriche, sous le sigle DACH (Allemagne, Autriche, Suisse), notamment dans le but de coordonner la politique des transports, de l'énergie, de l'environnement, de la sécurité, etc. Et c'est bien ainsi. La Suisse, petit pays plurilingue a tout avantage à s'ouvrir au monde et à intensifier les échanges culturels, sociaux, économiques, particulièrement avec les pays voisins de même culture. A cet égard, le prochain sommet francophone représente pour la Suisse, notamment pour les cantons romands, une occasion privilégiée de nouer des contacts fructueux qui peuvent aussi entraîner des retombées économiques.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 10. Mars 1986*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 10 mars 1986*

Le Conseil fédéral a décidé que la Suisse participerait avec un statut d'observateur à une réunion des Chefs d'Etat et de Gouvernement des pays ayant en commun l'usage de la langue française, qui s'est tenue à Paris du 17 au 19 février 1986.

Nous aimerions vous rappeler, à ce propos, que les autorités fédérales ont eu à se prononcer, depuis décembre 1985, sur deux objets distincts, ressortissant d'enceintes officielles différentes. L'un se rapportait à une invitation à une réunion ministérielle tenue dans le cadre de l'Agence de Coopération Culturelle et Technique (ACCT), tandis que l'autre concernait le sommet entre Chefs d'Etat cité plus haut.

La Suisse, n'a jamais participé aux travaux de l'ACCT. Aussi, lorsque le 11 décembre 1985, le Chef du Département fédéral des affaires étrangères a été invité à se rendre à Paris, le 14 décembre dans «l'idée d'approfondir les relations d'amitié existant entre les membres de l'Agence de Coopération Culturelle et Technique et de donner un tour plus concret à leur coopération», il est apparu que la Suisse n'étant pas membre de l'ACCT, il n'y avait pas lieu de donner une suite favorable à cette invitation.

L'invitation du Président Mitterrand, datée du 21 janvier 1986, nous proposait, elle, de participer au «sommet» de la francophonie, et ne faisait pas référence à l'ACCT. Le Conseil fédéral a constaté que la convocation d'un tel «sommet», le premier du genre, offrait l'occasion d'élargir les

contacts entre pays francophones en abordant à haut niveau un certain nombre de problèmes qui leur sont communs, notamment en matière de défense de la culture et de la langue françaises.

Une collaboration existe déjà entre diverses institutions de notre pays et leurs homologues d'autres pays francophones. C'est notamment le cas au sein de l'Association des universités partiellement ou entièrement de langue française, de l'Association des journalistes de langue française, de l'Association internationale des parlementaires de langue française ou de TV 5, par exemple. Les autorités fédérales soutiennent cette collaboration établie au niveau de la langue et de la culture qui s'y rapporte. Le «sommet» a permis de faire le point de la situation, notamment en matière de médias, d'informatique, de communications, de création et diffusion d'oeuvres littéraires, et a proposé la mise sur pied de certains projets concrets dans les domaines précités, ainsi qu'en matière d'énergie, d'éducation et de formation. Le Conseil fédéral a cependant également constaté que les promoteurs de ce «sommet» cherchaient à lui donner un caractère ouvertement politique, qui déborde du cadre de la francophonie culturelle. Si le Conseil fédéral a estimé utile de s'informer sur les positions prises par les pays participant au sommet, il n'a, en revanche, pas souhaité traiter de problèmes politiques – tels que l'Afrique australe, la crise du Moyen Orient, le développement – dans le cadre d'une assemblée de pays réunis sur la base du seul critère linguistique.

C'est pourquoi il a décidé que la Suisse participerait au «sommet» avec le statut d'observateur sans que cela ne préjuge de notre position face à l'ACCT. Le Conseil fédéral a nommé à cet effet le Secrétaire d'Etat Edouard Brunner et l'Ambassadeur François de Ziegler. L'issue du sommet, les résolutions politiques et économiques qui y ont été adoptées, les pressions que les pays du Sud y ont exercé sur les pays du Nord représentés, visant à obtenir d'eux des concessions en matière financière, commerciale et de coopération au développement, et ceci dans un cadre qui ne correspond pas à la philosophie suisse en la matière, mènent à penser qu'une telle décision se justifiait pleinement. Le statut d'observateur n'aura pas lié la Suisse aux aspects excessifs du «sommet».

En revanche, plusieurs des projets qui y ont été annoncés sont susceptibles de nous intéresser directement, notamment ceux qui touchent spécifiquement la langue et les techniques de communication. Le Conseil fédéral a chargé les services fédéraux compétents de suivre le développement de ces projets et d'examiner, d'entente avec les instances cantonales et privées concernées, l'opportunité d'une participation suisse, et de lui présenter le moment venu des propositions concernant les modalités d'une telle participation. Reste posée la question de la participation de la Suisse au prochain «sommet» prévu dans deux ans.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag auf Diskussion	40 Stimmen
Dagegen	53 Stimmen

**Braunschweig:** Ich möchte meinem grossen Erstaunen über diesen Entscheid Ausdruck geben. Nun haben wir die Abstimmung über die UNO hinter uns und *uni sono* von allen Seiten, insbesondere auch von den Gegnern, wurde ganz deutlich gesagt: «Unser Parlament muss sich mehr mit aussenpolitischen Fragen beschäftigen.» Und nun haben wir hier die erste Gelegenheit, darüber zu entscheiden, und das Parlament entscheidet: «Wir lehnen ab, wir diskutieren darüber nicht.» Immerhin nennt diese Interpellation eine Frage, die unsere welschen Freunde in den vergangenen Monaten sehr beschäftigt hat. Man hätte Gelegenheit gehabt, das eine oder andere zu erfahren und auch dazu Stellung zu nehmen. Ich verstehe die Mehrheit dieses Parlamentes nicht mehr!

## **Interpellation Friedli Konferenz der frankophonen Länder**

### **Interpellation Friedli Sommet francophone**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.975
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.03.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	479-480
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 238

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.